

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, den 17.05.2010,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 17:18 Uhr bis 17:30 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almritter	
Herr Dietmar Andre	
Frau Marion Becker	anwesend bis 17:10 Uhr
Herr Karlheinz Bein	
Herr Michael Berninger	anwesend bis 16:40 Uhr
Herr Walter Berninger	anwesend bis 16:40 Uhr
Frau Sonja Dolzer-Lausberger	anwesend bis 17:15 Uhr
Herr Erwin Dotzel	anwesend bis 16:45 Uhr
Frau Ellen Eberth	
Herr Hermann-Josef Eck	
Herr Roland Eppig	
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn	anwesend bis 17:10 Uhr
Frau Emma Fichtl	
Herr Bruno Fischer	
Herr Boris Großkinsky	anwesend bis 17:10 Uhr
Herr Michael Günther	
Frau Birgit Hotz	
Herr Dr. Heinz Kaiser	
Frau Claudia Kappes	
Herr Hubert Klimmer	anwesend bis 16:45 Uhr
Herr Reinhold Köhler	
Herr Thomas Köhler	
Frau Hannelore Kreuzer	
Herr Erich Kuhn	
Herr Edwin Lieb	
Herr Dr. Heinz Linduschka	
Herr Matthias Luxem	
Herr Peter Maurer	
Herr Thorsten Meyerer	
Frau Petra Münzel	anwesend bis 17:15 Uhr
Herr Karl-Joachim Oberle	
Herr Günther Oettinger	
Herr Ludwig Ritter	
Herr Berthold Rüth	anwesend bis 16:25 Uhr
Herr Jens Marco Scherf	anwesend bis 16:55 Uhr
Herr Otto Schmedding	
Herr Peter Schmitt	
Herr Steffen Scholz	

Herr Bernd Schötterl
Frau Monika Schuck
Herr Kurt Schumacher
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Manfred Schüßler
Frau Juanita Schwaab
Herr Reinhard Simon
Herr Hermann Spinnler
Herr Erich Stappel
Herr Dr. Christian Steidl
Herr Bernhard Stolz
Frau Anne Tulke
Herr Dr. Rainer Vorberg
Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz
Herr René Wendland

anwesend bis 17:00 Uhr

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Herr Joachim Bieber
Herr Helmut Demel
Herr Ulrich Frey
Herr Jürgen Reinhard
Herr Wolfgang Zöllner

Gefehlt hat:

Kreistagsmitglied

Frau Rita Follner

Ferner haben teilgenommen:

Frau Claudia Kappes, Stellvertreterin des Landrates
Herr Alfons Opolka, Geschäftsführer ARGE Landkreis Miltenberg (zu TOP 2)
Frau Kornelia Brauer, Geschäftsführerin Odenwald Tourismus GmbH (zu TOP 6)

Verwaltung

Herr Dr. Erwin Dittmeier, Medizinaldirektor
Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor
Herr Gerald Rosel, Oberregierungsrat (zu TOP 5)
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsoberamtsrat
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat (zu TOP 2)
Herr Rainer Wöber, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

Tagesordnung:

- 1 Interessensbekundung der ARGE Landkreis Miltenberg zur "Bürgerarbeit" – Unterstützung des Antrages und finanzielle Unterstützung des Projektes
- 2 Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg
- 3 Information Bürger-/Kundenbefragung
- 4 Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer - ZEWIS; Information
- 5 Zwischenbericht zur Resolution des Bayerischen Untermaines zur Sicherstellung der Finanzierung des Schienenwegebauvorhabens Aschaffenburg-Nantenbach
- 6 Bericht über die Odenwald Tourismus GmbH durch Geschäftsführerin Kornelia Brauer
- 7 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Interessensbekundung der ARGE Landkreis Miltenberg zur "Bürgerarbeit" – Unterstützung des Antrages und finanzielle Unterstützung des Projektes

Landrat Schwing begrüßte Herrn Opolka, Geschäftsführer der ARGE Landkreis Miltenberg. Er wies darauf hin, dass die „Miltenberger Arbeit“ (MIA) zum Zeitpunkt der letzten Kreistagsitzung eingestellt wurde und sich der Landkreis Miltenberg bereits bereit erklärt hatte, ein eventuelles neues Projekt selbstverständlich zu unterstützen und zu helfen.

Herr Opolka, Geschäftsführer der ARGE Landkreis Miltenberg, erläuterte folgenden Sachverhalt und die Interessensbekundung zur „Bürgerarbeit“ anhand anliegender Präsentation:

Mit Bekanntmachung vom 19. April 2010 startete das BMAS ein Interessensbekundungsverfahren zur Durchführung von Modellprojekten zur Erprobung von „Bürgerarbeit“. Diese Ausschreibung richtete sich an alle bundesdeutschen Grundsicherungsstellen. 33.000 Bürgerarbeitsstellen sollen bundesweit geschaffen werden, dafür stehen 1,3 Mrd. € aus Bundes- und Bundes-ESF-Mitteln zur Verfügung. Mit der Bürgerarbeit sollen gemeinnützige zusätzliche Arbeiten erledigt werden. Der Bürgerarbeiter arbeitet wöchentlich 30 Std. (Stellen werden auch in Teilzeit angeboten) und erhält einen Std. Lohn in Höhe von 7,50 €. Die Förderperiode umfasst einen Zeitraum von drei Jahren (2011-2013). Zuschüsse zum Arbeitsentgelt und zum Sozialversicherungsaufwand werden in Höhe von mtl. 1.080 € gezahlt, so dass der Eigenaufwand für einen Arbeitgeber, der einen Bürgerarbeiter beschäftigt, maximal bei 100 € mtl. liegt. Während diese Zuschussgelder zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, und den Eingliederungstitel der ARGE nicht belasten, verlangt das BMAS eine Vorschaltmaßnahme (Juli 2010 bis Dezember 2010), in der mindestens 500 Kunden der Grundsicherungsträger intensiv aktiviert werden, ebenso ein die Bürgerarbeit begleitendes Coaching mit dem dauerhaften Bemühen, die Bürgerarbeiter in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Da die ARGE Landkreis Miltenberg bereits sehr gute Erfahrungen mit der „Miltenberger Arbeit (MIA)“ sammeln konnte, in der die Grundgedanken der jetzt einzuführenden Bürgerarbeit

bereits verankert waren, möchte sich die ARGE gerne an dem Interessensbekundungsverfahren beteiligen, um auch den Kunden der MIA nach dem schmerzlichen Aus dieses gut angenommenen Projektes eine Alternative zu bieten.

Der Interessensbekundung der ARGE Landkreis Miltenberg liegt ein in den letzten Tagen ausgearbeitetes Konzept zugrunde, das im zweiten Halbjahr 2010 eine Aktivierung von 600 Kunden mit komplexen Profillagen und Förderprofillagen vorsieht. In einem Team mit einem Projektleiter und sechs Coaches erfolgt für diese 600 Kunden nochmals ein intensives Profiling/Standortbestimmung. Danach folgen durch dieses Team parallel Vermittlungsbemühungen auf dem ersten Arbeitsmarkt (bis hin zur assistierten Vermittlung) und Qualifizierungen (sowohl beruflich als auch persönlichkeitsorientiert). 120 der 600 Kunden sollen bis zum Jahresende in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, die anderen sollen zumindest Integrationsfortschritte machen und 60 münden letztendlich ab Januar 2011 in die Bürgerarbeit. Diese groß angelegte Aktivierungsphase finanziert die ARGE komplett aus dem Eingliederungstitel 2010. Dies wurde dadurch möglich, dass die Haushaltssperre vor einigen Tagen aufgehoben wurde und diese notwendigen Gelder nun zur Verfügung stehen.

Ab 2011 wird das Projektteam auf eine halbe Projektleiterstelle und zwei Coaches reduziert. Dieses Team hat dann die Aufgabe, die 60 Bürgerarbeiter und die 120 in den ersten Arbeitsmarkt integrierten nachgehend und berufsbegleitend zu coachen, um die Nachhaltigkeit der Integrationen zu gewährleisten. Auch soll das Team versuchen, die Bürgerarbeiter in reguläre Beschäftigungen auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen, und die Bürgerarbeitsplätze wieder mit „Nachrückern“ zu besetzen.

Dieses nachgehende Coaching ist – wie die vor geschaltete Aktivierungsphase - nicht Bestandteil der zusätzlichen Förderung und muss aus dem Haushalt der ARGE bezahlt werden. Die Kosten belaufen sich (inkl. Sachkosten) voraussichtlich auf 130.000 bis 150.000 € jährlich. Nachdem damit zu rechnen ist, dass ab 2011 die Verwaltungskosten in der ARGE durch die Neuorganisation SGB II ansteigen werden, und das Gesamtbudget für die Grundversicherungsträger wegen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung geringer ausfallen wird, wäre es zu begrüßen, wenn sich der Landkreis an den laufenden Kosten des begleitenden Coachings in den Jahren 2011, 2012 und 2013 mit jeweils 50.000 € beteiligen könnte. Diese Bereitschaft wäre sicherlich auch ein weiterer Pluspunkt im Auswahlverfahren der bundesweit eingereichten Interessensbekundungskonzepte. Bei der Umsetzung des Konzeptes könnte der Kreis im Gegenzug einen sicherlich sechsstelligen Betrag jährlich an KdU einsparen, da ein Großteil der 60 Bürgerarbeiter aus dem Leistungsbezug herausfallen würde. Außerdem stellte der Landkreis 2010 einen Betrag in Höhe von 200.000 € für die MIA bereit, der nur zu 50.000 € abgerufen wurde.

Landrat Schwing dankte Herrn Opolka und fügte hinzu, dass gerade die ARGE Landkreis Miltenberg aus der Vergangenheit als innovativ und schnell bekannt sei, wenn es darum gehe, neue Projekte zu akquirieren. Er erwähnte vorhergehende Projekte und die gute Vorarbeit. Man brauche viel Glück und Überzeugungskraft für den Zuschlag, er glaube aber an gute Chancen. Außerdem sei die Unterstützung des Landkreises Miltenberg ein Signal an die Entscheidungsträger der Vergabe.

Kreisrat Ritter fügte hinzu, dass er sich dieses Programm ebenso hervorragend im Sportbereich vorstellen könne. Hier gebe es eine permanente Not speziell bei der Sportplatzbearbeitung und den Arbeiten in den Turnhallen.

Kreisrat Andre dankte ebenfalls Herrn Opolka für seine Ausführungen, man sei gewohnt, dass die ARGE Landkreis Miltenberg nicht nur gut vermittele, sondern auch sehr kreativ im Suchen nach Möglichkeiten für die schwierigen Fälle sei. Das Ende der MIA habe alle sehr bestürzt. Die ARGE Landkreis Miltenberg habe aber bereits einen Tag vor der Haushaltsberatung AmigA ins Leben gerufen. Er danke daher für den schwierigen, aber notwendigen

Job. Daher sei eine Beteiligung des Landkreises Miltenberg notwendig. Er wünsche viel Glück und Erfolg für die Genehmigung und die Umsetzung.

Kreisrat Dr. Schüren erwähnte seine Haushaltsrede, in der er bereits die Zeit des Sparens nannte. Aber hier handele es sich um eine Form des sehr intelligenten Sparens, da es um eine wichtige sozialpolitische Maßnahme ginge, die zwar zunächst einmal Geld koste, aber dann mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur das Geld einspiele, sondern eventuell noch zusätzliche Mittel frei mache. Der entscheidende Aspekt sei, dass man mit dieser Maßnahme dazu beitrage, dass Menschen ohne Arbeit wieder in Arbeit kommen. Auch mit einer Sparanstrengung ließe sich so ein wichtiges Ziel verbinden. Daher werde die Fraktion der SPD diese Maßnahme selbstverständlich mit vollster Zustimmung unterstützen.

Kreisrat Scholz unterstützte ebenso für die Fraktion der ödp den Antrag, erst recht nach den Sorgen zum Ende der MIA. Es gehe um die Menschen, die in Not seien, daher sei das Projekt sehr wichtig. Allerdings stellte er die Fragen, ob die Zahlen (120 Kunden) realistisch seien, wie die Zahlen- und Erfahrungswerte der MIA gewesen seien und ob die personellen Ressourcen für 600 Kunden ausreichend seien.

Kreisrat Scherf lobte die schnelle Reaktion, in acht Arbeitstagen ein solches Projekt auszuarbeiten. An der Bildung und Integration von Menschen dürfe nicht gespart werden. Da die MIA bereits erfolgreich war, hoffe er natürlich auf eine Förderung dieses Konzeptes.

Kreisrat Schötterl schloss sich ebenfalls den Vorrednern an und sprach für die Fraktionen der Freien Wähler und der FDP die gemeinsame Zustimmung aus. Es handele sich um eine Rendite in sozialer und finanzpolitischer Hinsicht.

Kreisrat Stappel stimmte zu, dass es sich um ein gutes Konzept handele und die Fraktion Neue Mitte dies befürworten werde. Wenn man allerdings von Unterstützung spreche, müsse man beachten, dass dies nur mit einer ebenfalls steigenden Wirtschaft funktionieren könne. Man könne nur Arbeitsplätze schaffen, wenn die Wirtschaft welche brauche. Das Konzept sage aus, dass jeder, der in diesem Programm integriert werde, auch eine Chance auf einen Arbeitsplatz erhalte.

Herr Opolka bedankte sich für die Unterstützung und beantwortete die angefallenen Fragen. Auf Kreisrat Ritters Anfrage erwiderte er, dass der Sportbereich natürlich mit eingebunden werden könne, allerdings könne nicht der Großteil der 60 Bürgerarbeitsplätze auch im Sportbereich angesiedelt werden. Es gebe sicherlich viele Bürgermeister, die Bürgerarbeitsplätze schaffen wollen. Weiterhin beantwortete er die Fragen von Kreisrat Scholz. Der Arbeitsmarkt im Landkreis Miltenberg sei momentan sehr gut und dies stimme optimistisch. Er belegte dies mit Zahlen: Im letzten Jahr wurden bis zum Monat April 216 Personen in Arbeit integriert; in diesem Jahr seien dies bereits 307 Personen. Im April 2010 seien 107 Personen in den Arbeitsmarkt gebracht worden. Daher werden die angestrebten 120 Personen durch intensive Betreuung ebenfalls möglich sein. Die Betreuung dieser Personen durch sechs Vermittler sei ausreichend (Schlüssel 1:100), und wird intensiv möglich sein. Im Projekt sei es möglich, die Kunden mindestens einmal im Monat zu sehen und ein intensives Gespräch zu führen und sich Zeit zu nehmen.

Sodann fasste der Kreistag einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Sollte die ARGE Landkreis Miltenberg für die Bürgerarbeit Bayerischer Untermain ausgewählt werden, beteiligt sich der Landkreis Miltenberg mit einer Co-Finanzierung in den Jahren 2011 bis 2013 mit jährlich 50.000 €, insgesamt 150.000 €

Tagesordnungspunkt 2:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg

Landrat Schwing führte Folgendes aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

nach einem einstimmigen Empfehlungsbeschluss des zuständigen Fachausschusses für Bildung, Kultur und Soziales in seiner letzten Sitzung am 06. Mai 2010 freue ich mich, Ihnen heute das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg zur endgültigen Entscheidung und abschließenden Beschlussfassung vorlegen zu können.

Das Konzept wurde im August 2008 bei der „Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern“, einem Zusammenschluss aus der „Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Alterforschung (A-fA)“ in München, die für die konzeptionelle Ausarbeitung verantwortlich war und deren Leiterin und Geschäftsführerin, Frau Dipl.-Psychogerontologin und Dipl.-Geografin Sabine Wennig, heute hier anwesend ist, und dem Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS) in Augsburg, welches für die statistischen Teile verantwortlich war und uns bereits aus der Sozialraumanalyse im Jugendhilfebereich im Jahre 2004 bekannt ist, in Auftrag gegeben. Die verschiedenen Datenerhebungen erfolgten von Oktober 2008 bis Juli 2009.

Anlass bzw. Beweggründe für die damalige Auftragserteilung waren zum einen der demographische Wandel mit einer immer älter werdenden Bevölkerung auch im Landkreis Miltenberg und zum anderen die gesetzliche Verpflichtung aus dem Bayerischen Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch, welche seit dem seit 1. Januar 2007 die Landkreise und kreisfreien Städte aufforderte, entsprechende Konzepte zu erarbeiten. Das Konzept der Landkreise / des Landkreises soll zugleich Grundlage für die seniorenpolitischen Konzepte der einzelnen kreisangehörigen Gemeinden vor Ort sein.

Wichtig war uns von Anfang an, die Erstellung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes auf eine möglichst breite fachliche und politische Basis zu stellen.

In einem 20-köpfigen Begleitgremium waren daher drei Kreisräte, drei Bürgermeister sowie Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der ehrenamtlichen Seniorenarbeit, unserer Verwaltung sowie auch ein Hausarzt vertreten.

In zwei ganztägigen Expertenworkshops brachten über 70 regionale Expertinnen und Experten ihr Fachwissen ein.

Die 32 Landkreisgemeinden, die Seniorenbeauftragten, die mit der Altenpflege im Landkreis befassten Einrichtungen und Dienste, 40 Institutionen aus dem Bereich der „offenen Seniorenarbeit“ und nicht zuletzt 2.500 Landkreisbürgerinnen und -bürger über 60 Jahre wurden mit einem Fragenkatalog angeschrieben und hatten die Möglichkeit, sich ebenfalls mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen einzubringen.

Das erstellte Konzept umfasst 151 Seiten mit 11 Handlungsfeldern und die Pflegebedarfsplanung und enthält insgesamt 66 konkrete Handlungsempfehlungen. Bei 28 dieser 66 Handlungsempfehlungen liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung beim Landkreis, entweder alleine oder gemeinsam mit anderen.

Die Mehrzahl der Handlungsempfehlungen fällt jedoch in den Zuständigkeitsbereich anderer Träger und Einrichtungen, vornehmlich der Landkreisgemeinden, die bei 41 Handlungsempfehlungen entweder alleine oder gemeinsam mit anderen gefordert sind.

In diesem Bereich kann der Landkreis im Regelfall natürlich nichts verbindlich vorschreiben. Vielmehr wird es hier seine Aufgabe sein, durch Information, Hilfestellung und Überzeugungsarbeit bei den jeweiligen Trägern und Einrichtungen darauf hinzuwirken, dass auch diese Empfehlungen im Interesse unserer Seniorinnen und Senioren beherzt angegangen und alsbald bzw. zügig realisiert und umgesetzt werden.

Besonders gefreut haben mich aber auch die Feststellungen und Aussagen im Konzept über

- ⇒ unsere Spitzenposition unter den unterfränkischen Landkreisen und den jetzt bereits weit überdurchschnittlich hohen ambulanten Versorgungsgrad im häuslichen Bereich durch pflegende Angehörige in unserem Landkreis mit rd. 79 % (unterfränkischer Landkreisdurchschnitt rd. 73 %; bayerischer Landesdurchschnitt 68 %),
- ⇒ eine gute bis sehr gute Ausstattung unserer Pflegeeinrichtungen,
- ⇒ unser jetzt bereits großes und vielfältiges Beratungsangebot und die gute Vernetzung in unserem Landkreis,
- ⇒ das breite und vielfältige Spektrum an Angeboten mit hohem ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagement – auch innovativem – unter und vor allem auch zwischen den Generationen
- ⇒ und schließlich auch die Würdigung unserer Stiftung Altenhilfe als wertvollen Partner all' dessen und beispielgebend für andere Landkreise.

Herzlichen Dank allen, die sich hier bereits beispielhaft und richtungsweisend eingesetzt und engagiert haben!

Wie im Fachausschuss am 06. Mai 2010 bereits berichtet, soll nach der heutigen Beschlussfassung als erste Maßnahme im Landratsamt eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Altenhilfeplanung und allgemeine Seniorenarbeit mit einer halben Vollzeitstelle eingerichtet werden. Diese soll zum einen zunächst zusammen mit dem bereits seit 2002 bestehenden Seniorennetzwerk aus den Handlungsempfehlungen für den Landkreis eine Prioritätenliste erstellen und sodann sukzessive für deren Umsetzung sorgen. Zum anderen soll sie die anderen Träger und Einrichtungen, und hier vornehmlich unsere Landkreismunicipien, bei der Erstellung ihrer örtlichen Konzepte beraten und unterstützen.

Mit der heutigen Beschlussfassung über das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg ist die Arbeit aber nicht beendet. Sie geht vielmehr erst richtig los und wird uns alle in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch erheblich beschäftigen. Es ist – wie bei der Jugendhilfeplanung auch – ein Prozess, der jetzt erst in Gang gesetzt wird und neben dem Landkreis, vor allem auch unsere Landkreismunicipien, die sozialen Dienstleistungserbringer sowie auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis betrifft und fordern wird. Dabei ist auch ein anspornender Wettbewerb um die besten Lösungen vor Ort in den einzelnen Gemeinden durchaus gewollt und dem Wunsche unserer Seniorinnen und Senioren im Landkreis, möglichst lange alleine und selbstbestimmt im eigenen Hause bzw. in der eigenen Wohnung wohnen und leben zu können, äußerst förderlich und zweckdienlich.

Frau Wennig von der „Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern“ wird Ihnen nun einen kurzen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für den Landkreis Miltenberg geben.“

Sodann erläuterte Frau Wennig das Seniorenpolitische Gesamtkonzept anhand der anliegenden Präsentation. Sie betonte, es handle sich um das breite Wissen der lokalen Experten und Bürgerinnen und Bürger auf Grund von Bestandserhebungen und Befragungen. Die unterschiedlichen Erkenntnisse seien zusammengefasst und katalogisiert worden, die richtigen Maßnahmen empfohlen. Im Begleitgremium sei dies ausführlich diskutiert und besprochen worden. Daher handle es sich um ein Gemeinschaftswerk von allen und sie bedanke sich daher an dieser Stelle bei allen Beteiligten. Weiterhin habe es noch nie in Bayern ein solch umfängliches Konzept gegeben.

Landrat Schwing bedankte sich bei Frau Wennig für ihren engagierten Vortrag und erwähnte ebenso die vielen engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreiter, im hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Bereich. Momentan sei man auch dabei zu überprüfen, was von dem Projekt über LEADER oder ELER gefördert werden könne.

Kreisrat Thomas Köhler erwähnte, dass er als Bürgermeister im Begleitgremium hat mitwirken können und größtenteils bei den Expertenworkshops dabei gewesen sei. Dies sei für ihn eine hochinteressante Erfahrung gewesen. Man habe eine Fülle an hervorragenden Ideen erarbeiten können. Weiterhin haben auch die Umfragen gezeigt, wo die Senioren ihre Sorgen und Nöte haben. Für ihn persönlich sei es besonders aufschlussreich gewesen, dass von den Befragten die Dinge oft ganz anders gesehen wurden als man es für selbstverständlich vorausgesetzt habe, vielleicht liege dies an einem Informationsdefizit. Nun gelte es, die zahlreichen Anregungen umzusetzen. Als Bürgermeister habe er bereits viele Anregungen mitnehmen und teilweise auch schon umsetzen können. Er betonte, dass eine wichtige Arbeit geleistet worden sei und dankte ebenfalls allen Mitwirkenden, besonders auch Frau Wennig.

Kreisrätin Almitter sprach ebenso für die Fraktion der SPD ihre Überzeugung aus und regte an, um die Umsetzung aller Punkte zu unterstützen, aus dem 20köpfigen Begleitgremium eine Art Planungsgruppe zu bilden, die die Kommunen dabei unterstütze, die gesamten Punkte auf die Gemeinden zu übertragen und umzusetzen. In den Augen der Fraktion sei dies wichtig als Starthilfe, damit das Konzept auch angewandt werde und nicht ausgedrückt liegen bleibe. Eventuell sei auch ein Zusammenschluss von Gebieten zur gemeinsamen Koordination sinnvoll.

Kreisrätin Kreuzer stimmte den Vorrednern zu, es handle sich um ein gelungenes Gesamtkonzept. Wünschenswert gewesen sei die Berücksichtigung der Einkommensentwicklung. Die Pflege, zu Hause und auch in den Pflegeeinrichtungen, sei kaum noch bezahlbar. Jeder Handgriff müsse bezahlt und die Zukunft werde noch schwieriger werden. Weiterhin sei die palliativmedizinische Versorgung ein Problem im Landkreis Miltenberg. Ein Maßnahmenentwurf, nach Prioritäten gestaffelt, sei notwendig.

Kreisrat Dr. Fahn erläuterte, die Fertigstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für den Landkreis Miltenberg sei eine positive Nachricht. Der Katalog der Maßnahmen sei umfassend und lasse eine aktive Gestaltung der Landkreise zu. Dieses Konzept entspreche den Wünschen und Vorstellungen aller Experten im Senioren- und Pflegebereich im Landkreis Miltenberg. Man bedanke sich daher bei Frau Sabine Wennig vom Institut für Sozialplanung in München und auch bei Herrn Manfred Vill, der mit seiner Mannschaft die zweijährige Phase der Entstehung des Konzeptes hervorragend koordiniert habe. Die Freien Wähler unterstützen dieses Konzept deshalb, weil nahezu alle Vorschläge, die von ihrer Seite eingebracht wurden, sich hier wieder finden. Er wies darauf hin, der größte Teil der Arbeit stehe mit der Umsetzung erst bevor. Die Umsetzung koste Geld und dies müssen der Landkreis und die Gemeinden leisten.

Die Freien Wähler fordern die Erstellung einer konkreten Prioritätenliste mit genauen Terminvorgaben für die Umsetzung. Sie fordern auch (bzw. werden einen Antrag stellen), dass im Kreistag einmal pro Jahr ein entsprechender „Umsetzungsbericht“ gegeben werde.

Er führte weiter aus, Seniorenpolitik gelinge nur, wenn sie flächendeckend mit konkreten Ansprechpersonen umgesetzt werde.

Die Umsetzung des seniorenpolitischen Konzepts müsse auch von der Bevölkerung mitgetragen werden. Dies gelinge aber nur, wenn die Bevölkerung offensiv über das Thema informiert werde.

Wenn man die Bevölkerung in die Umsetzung des Konzepts einbinde und deren Engagement einfordere, dann müsse man auch deren Engagement belohnen.

Sodann erklärte Kreisrat Dr. Fahn sein Fazit: Die Freien Wähler werden dem vorgelegten Entwurf geschlossen zustimmen, weil dadurch auf jeden Fall ein wichtiger Fortschritt in der Seniorenpolitik im Landkreis gemacht werde.

Landrat Schwing ergänzte, dass es sich um ein ernstes Thema handele, schließlich seien alle irgendwann einmal davon betroffen. Daher werde diese Thematik sehr oft in den nächsten Jahren in den Gremien des Landkreises Miltenberg behandelt werden und dies sei auch wichtig.

Kreisrat Dr. Linduschka betonte den Aspekt, dass es sich nicht um eine kleine arme Gruppe, sondern um eine zahlenmäßig und ökonomisch starke Gruppe handele, schließlich bald 40 % der Bevölkerung, die im Mittelpunkt des Interesses stehe. Das Wichtigste sei, diese Leute, die großartige Fähigkeiten in jeder Hinsicht besitzen, zu eigener Aktivität aufzurufen. Eine Einbindung und Aktivierung, für die eigenen Interessen einzutreten, sei wichtig. Nicht nur der Pflege- und Betreuungsaspekt stehe im Mittelpunkt. Wenn man sich um bestimmte Gruppen kümmern müsse, dann seien das Kinder, hier handele es sich um eine schwache Gruppe.

Kreisrat Dotzel stimmte Kreisrat Dr. Linduschka vollinhaltlich zu. Die Zielvorgabe „ambulant vor stationär“ stehe im Konzept, gemeindenaher Versorgung und Angebote. Die Kommunen seien hier besonders aufgerufen. Das Alter helfe sich selbst: Ältere werden älter und bleiben fit, leben bewusster und können sich einbringen – daher benötige man ein gutes bürgerschaftliches Engagement und Ansprechpartner in den Kommunen für eine umfassende und verbindliche Auskunft. Natürlich handele es sich um eine finanzielle Mammutaufgabe. Daher müsse man jetzt bereits aufpassen, dass man die junge Generation nicht überfordere. Der Fokus müsse auf der Jugend liegen.

Kreisrat Stappel stimmte dem Konzept ebenfalls vollinhaltlich zu. Er dankte auch im Namen der Fraktion Neue Mitte für die Erstellung desselben. Er sehe einen Schritt in die Zukunft mit ausschließlich positiven Aspekten. Es sei auch klar, dass dieser Schritt nicht von heute auf morgen umsetzbar sei. Aber die Arbeit müsse heute beginnen, damit sie in zehn Jahren abgeschlossen sei. Wichtig sei, dass die Menschen wissen, wohin sie gehen können, um sich die Auskünfte einzuholen, um miteinander besser und länger zu leben. Das Wort „Miteinander“ sei ganz entscheidend in dieser Planung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, fasste der Kreistag einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg“ wird in der Fassung des vorliegenden Entwurfs der „Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern“ beschlossen. Die Pflegebedarfsplanung soll nach der Variante „ambulant vor stationär“ ausgerichtet werden.

Tagesordnungspunkt 3:

Information Bürger-/Kundenbefragung

Verwaltungsoberratsrat RÜth informierte zur Bürger- und Kundenbefragung anhand beiliegender Präsentation.

Kreisrätin Münzel merkte an, dass eine Befragung von 15 Minuten zu lang sein könnte und fragte gleichzeitig nach den Kosten der Befragung.

Verwaltungsoberratsrat RÜth erläuterte, dass die GfK überzeugend argumentierte, da der Landkreis Miltenberg zu Beginn ähnliche Bedenken hatte, da zur Zeit viele Umfragen stattfinden. Natürlich seien auch die Befragten der GfK entsprechend geschult. An Kosten habe jedes Landratsamt einen Eigenanteil von 13.000 € zu tragen, ein übergeordneter Kostenblock werde vom Bayerischen Innovationsring finanziert, die Gesamtkosten belaufen sich auf 170.000 €

Tagesordnungspunkt 4:

Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer - ZEWIS; Information

Landrat Schwing erläuterte die Vorlage.

Durch den zu Beginn der 90er Jahre stattgefundenen Strukturwandel in der Region Bayerischer Untermain wurden mit einem Maßnahmenbündel Gegenstrategien entwickelt. Entstanden seien u.a. die Hochschule Aschaffenburg, die ZENTEC und die Initiative Bayerischer Untermain mit ihren Themenfeldern Existenzgründerförderung, Innovationsförderung, Clusterförderung, Regionalmarketing und Regionalmanagement.

In den vergangenen Jahren seien bereits zahlreiche Forschungsprojekte zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft entstanden. Diese Entwicklung verdeutliche, dass das Angebot der Hochschule auf ein großes Interesse stoße. Die Einrichtung von ZEWIS (Zentrum für wissenschaftliche Service und Transfer) würde sicher den Raum für weitere Kooperationsprojekte zwischen Hochschule und Wirtschaft schaffen. Der Bayerische Untermain sei ein Engineering-Region, die vor allem geprägt sei von den Themen Automatisierung, Automation, Logistics und der dazugehörigen IT aber auch von Medizintechnik, Solartechnik u.ä.. Diese Branchen haben einen großen Innovationsbedarf, den sie vor allem auch mit der Hochschule Aschaffenburg abdecken wollen.

Bei seinem Besuch am 03. Februar diesen Jahres wurden Ministerpräsident Horst Seehofer die Pläne für ZEWIS vorgestellt. Er habe sich gemeinsam mit Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch spontan bereit erklärt, das Vorhaben seitens des Freistaates Bayern tatkräftig zu unterstützen. Die Staatsregierung habe einen Betrag von 10 Mio. Euro in Aussicht gestellt. Dies bereits ab dem Jahr 2010.

Im Verlauf weiterer Gespräche mit der Staatsregierung sei deutlich geworden, dass auch eine Unterstützung aus der Region gewünscht werde. Das Industriecenter Obernburg sei bereit, für fünf Jahre Räumlichkeiten für die Unterbringung von ZEWIS kostenlos bereitzustellen. Dies hätte den großen Vorteil, dass der Landkreis Miltenberg erstmals Standort einer solch wichtigen Einrichtung werden könne. Aufgrund dieser großen Bedeutung für den Wirtschaftsstandort habe er in Aussicht gestellt, dass auch der Landkreis Miltenberg für die Dauer von 5 Jahren jährlich sich an den Betriebskosten in Höhe von 20.000 Euro beteiligen wer-

de. Dies natürlich vorbehaltlich der Zustimmung durch den Kreistag. Ferner plane man – und das unterstützen OB Klaus Herzog und Landrat Dr. Ulrich Reuter in gleicher Weise – mit einem Förderverein finanzielle Mittel von der regionalen Wirtschaft zu akquirieren.

Landrat Schwing hoffe auf Überzeugung der Beteiligten, zumal der Landkreis Miltenberg in den letzten Jahrzehnten anfallende Strukturprobleme allein gelöst habe. Bei Erfolg wäre erstmals eine solche Forschungseinrichtung im Landkreis Miltenberg angesiedelt, diese Chance solle genutzt werden, dies käme der gesamten Region zugute.

Landrat Schwing dankte den Abgeordneten für ihre Unterstützung, im Besonderen Herrn Berthold Rüth, Herrn Bausback, Herrn Winter und Herrn Klein.

Eine Beschlussfassung sei in diesem Fall noch nicht erforderlich.

Tagesordnungspunkt 5:

Zwischenbericht zur Resolution des Bayerischen Untermain zur Sicherstellung der Finanzierung des Schienenwegeausbauvorhabens Aschaffenburg-Nantenbach

Oberregierungsrat Rosel erläuterte den aktuellen Sachstand.

Der Ausbau der bayerischen Spessartstrecke Aschaffenburg – Heigenbrücken – Nantenbach – Würzburg sei für den Personen- wie Güterverkehr dringend erforderlich und ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Region Bayerischer Untermain.

Anfang März dieses Jahres sei bekannt geworden, dass der Verkehrsausschuss des Bundestages für das Projekt keine gesicherte Finanzierung bereitstelle. Deshalb sei seitens der Region Bayerischer Untermain (Landratsamt Aschaffenburg, Stadt Aschaffenburg, der IHK und dem Landratsamt Miltenberg) eine gemeinsame Resolution verabschiedet worden, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde das Projekt prioritär zu finanzieren.

Mit Schreiben von Anfang Mai habe das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit einem kurzen Schreiben mitgeteilt, dass die Strecke zwar ein prioritäres Vorhaben sei, allerdings für 2010 keine Mittel bereitstünden. Ob eine Finanzierung 2011 erfolgen könne, hänge von den Ergebnissen der Haushaltsverhandlungen 2011 ab.

Herr Nibert Geis, MdB, habe mit Schreiben vom 30.04.2010 Herrn Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, angeschrieben und sich ebenfalls für das Projekt eingesetzt. Nach seiner Kenntnis sei die DB Netz AG bereit ihren Anteil von 190 Mio. Euro an der Finanzierung der Baumaßnahme zu leisten. Diese wäre auch bereit den Bau jetzt zu beginnen, wenn der Bund die Finanzierung seines Anteils für spätere Jahre verbindlich zusagen würde. Eine Antwort auf dieses Schreiben stehe noch aus. Sobald diese vorliegt werde wieder berichtet werden.

Tagesordnungspunkt 6:

Bericht über die Odenwald Tourismus GmbH durch Geschäftsführerin Kornelia Brauer

Landrat Schwing erläuterte den Grund für die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

Der Kreistag habe im Jahr 2005 das Konzept zur Optimierung für die Organisations- und Marketingstrukturen im Landkreis Miltenberg beschlossen. Dieses Konzept habe die Bildung Touristischer Arbeitsgemeinschaften vorgesehen. Der Umstrukturierungsprozess sei insbesondere im Jahr 2006 mit Unterstützung des Büros von Projekt M aus Lüneburg und der Landkreisverwaltung realisiert worden. Ein Schwerpunkt habe dabei auf der Bildung von Touristischen Arbeitsgemeinschaften gelegen. Gegen die ursprüngliche Planung seien zunächst die zwei Touristischen Arbeitsgemeinschaften „Spessarträüberland“ mit 8 Kommunen und die Touristische Arbeitsgemeinschaft „Churfranken e.V.“ mit 20 Kommunen gebildet worden. Die Gründung der ursprünglich geplanten Arbeitsgemeinschaft „Fränkischer Odenwald“ habe sich verzögert, da zu diesem Zeitpunkt auch im benachbarten Odenwaldkreis eine umfangreiche Neustrukturierung des Tourismus stattgefunden habe. Diese sei nun abgeschlossen und er freue sich, den Kreisräten nun die Geschäftsführerin der Odenwald Tourismus GmbH, Frau Kornelia Brauer, vorstellen zu können.

Auch ein Grund für die Behandlung dieses Punktes sei ein Zeitungsartikel vom 19. April 2010 im Boten vom Untermain bzw. Main-Echo. Bei einem Erfahrungsaustausch der SPD-Kreistagsfraktionen aus Miltenberg und dem baden-württembergischen Neckar-Odenwaldkreis sei heftige Kritik am länderübergreifenden Tourismus im Odenwald geübt worden. Eine Kritik, die er so nicht stehen lassen könne. Die Presseverlautbarung habe deutlich werden lassen, dass den teilnehmenden Kreisräten offensichtlich doch viele Informationen über die umfangreichen Aktivitäten in den einzelnen touristischen Arbeitsgemeinschaften nicht bekannt seien, weshalb man heute zumindest für den Odenwald diese Informationslücke schließen wolle.

Geschäftsführerin Frau Brauer erläuterte sodann das Konzept anhand beiliegender Präsentation. Dieses Konzept sei in einem zwei Jahre andauernden Prozess entwickelt worden. Begonnen habe dessen Umsetzung mit der Gründung der Odenwald Tourismus GmbH im August 2008.

Landrat Schwing bedankte sich bei Frau Brauer und fügte hinzu, dass eine Diskussion des Konzeptes nicht geplant sei. Er wies darauf hin, dass genau das eingetreten sei, was auch beschlossen wurde. Von Anfang an sei versucht worden, alle drei Länder unter einen Hut zu bekommen. Baden-Württemberg habe von Anfang an touristische Arbeitsgemeinschaften abgelehnt. Daher habe man sich entschieden, gemeinsam mit Hessen in Absprache mit den betroffenen Kommunen die Umsetzung anzustreben. Die Vorgehensweise sei in diesem Gremium entsprechend beschlossen worden.

Kreisrat Scholz merkte an, die Odenwald Tourismus GmbH befinde sich auf dem richtigen Wege und es handele sich um ein gutes Konzept. Es sei eine wichtige Aufgabe auch den Stadtmenschen unsere schöne Heimat näherzubringen. Aus Weilbacher Sicht seien die Leistungsanbieter sehr zufrieden mit dem Konzept der Odenwald Tourismus GmbH. Daher sei die geäußerte Kritik nicht nachvollziehbar.

Kreisrat Dr. Kaiser äußerte sich beeindruckt für seine Fraktion über das vorgestellte Konzept. Das Konzept beinhalte nicht nur Marketing, sondern auch Pauschalangebote. Allerdings sei die geübte Kritik berechtigt gewesen. Er erwähnte eine Vorstandssitzung des Geo-Naturpark Bergstraße/Odenwald in Bürgstadt, bei der sich die beteiligten Landräte beispielsweise wegen des Logos uneinig gewesen seien. Das Konzept sei gut, allerdings bestehe die Frage nach der Umsetzung. Die Gemeinsamkeit sei offensichtlich nicht eingehalten worden, auch im Zuge einer einheitlichen Werbung. Auf einen Presseartikel des Boten vom Untermain und

Main-Echo vom 12.03.2010 über eine Pressekonferenz des Landrates Brödel habe es keine Reaktion gegeben, obwohl Landrat Brödel sich negativ bezüglich der Zusammenarbeit der Vermarktung des Odenwaldes geäußert habe. Kreisrat Dr. Kaiser bemängelte weiterhin, dass auf der größten Regionalmesse kein gemeinsamer Auftritt erfolgt sei und die Finanzierung der Drei-Länder-Radrundfahrt nach dem Jahr 2011 angeblich nicht mehr gewährleistet sei. Außerdem sei der Gebietsausschuss umbenannt worden. Auf den Internetseiten der Kommunen, beispielsweise Amorbach, Kirchzell und Laudenbach, sei weiterhin nirgendwo der Hinweis auf den Odenwald Tourismus gegeben. Aus diesem Grund liege die SPD mit der Kritik in allen Punkten richtig.

Landrat Schwing wies erneut darauf hin, dass alle Beschlüsse umgesetzt worden seien und ebenfalls im Gremium berichtet worden sei. Man habe sich auf dieselben Strukturen wie in Hessen geeinigt und habe dies ebenfalls im Kreistag berichtet und beschlossen. Die Umbenennung des Gebietsausschusses sei besprochen worden und auch so gewollt gewesen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass in der alten Struktur für den Odenwald doppelt gezahlt wurde. Für ihren Internetauftritt seien weiterhin die Kommunen und jeder Bürgermeister selbst verantwortlich. Er halte eine öffentliche Diskussion und Kritik wie Kreisrat Dr. Kaiser, wie in Bezug auf „Churfranken“, für wenig sinnvoll. Sobald es von den Gemeinden beschlossen sei, müsse es unterstützt werden, und die Gemeinden haben recht behalten. Er bitte um Arbeiten ohne Querschüsse.

Kreisrat Schmitt meldete sich sodann zu Wort. Er erläuterte die Sicht auf die Dinge als Bürgermeister der Stadt Amorbach. Er sei persönlich nicht glücklich gewesen, als damals von „Project m“ der Landkreis Miltenberg in drei Teile geteilt wurde: Spessart, Mainland Churfranken und Odenwald. Es sei das Ziel von „Project m“ in diesem touristischem Organisationskonzept gewesen, dass der Odenwald länderübergreifend arbeiten müsse und auch wolle. Es gebe nun fünf Kommunen im Odenwald gegenüber der großen Zahl in Churfranken oder im Spessart. Dort arbeite man mit den bayerischen Gemeinden kooperativ zusammen, man arbeite mit Hessen und Baden-Württemberg. Im Übrigen funktioniere die länderübergreifende Zusammenarbeit bei vielerlei Sachthemen hervorragend. Die bayerischen Kommunen haben ihr Konzept, was der Landkreis auf den Weg gebracht habe. Man stehe allerdings zwischen TSOB und TGO. Das vorliegende Konzept sei nämlich weder bei TSOB noch bei TGO auf den Weg gebracht worden. Er habe damals ab seinem Amtsantritt am 22.12.2006 unermüdlich darum gebeten, das Konzept auf den Weg zu bringen und gemeinsam zu kooperieren. Dann habe der Odenwaldkreis beschlossen, ebenfalls „Project m“ mit dem touristischen Marketingkonzept zu beauftragen. Mit der Gründung der TAG habe man daher gewartet, bis dort die Weichen richtig gestellt waren. Er sei Vorstandsmitglied in der TSOB in Erbach, man habe unzählige Male versucht zu kooperieren. Er habe seine Kollegen in Mudau, Walldürn und Buchen eindringlich gebeten, in einer TAG mitzuarbeiten. Baden-Württemberg habe eine TAG-Kooperation abgelehnt. Wenn man allerdings die Messen besuche, was er getan habe, werde man erschlagen von einer Fülle an Prospekten des Odenwaldes durch die TGO. Aus diesem Grund sei man froh und dankbar über den Bericht der Presse am 21.11.2008 über die erste TAG-Sitzung in Amorbach. Die Stadt Amorbach habe sich entschieden parallel zu fahren, da im Odenwald nichts voran ging und die Leistungsanbieter Druck machten. Die Entscheidung könne man der Stadt Amorbach allein überlassen – wo und mit wem sie arbeite. Die Stadt Amorbach habe sich entschieden, auf der Destinationsebene im Odenwald zu arbeiten und parallel in Churfranken mitzuarbeiten. Es gebe auch andere Arbeitskreise, die bereits vorher tätig gewesen seien. Wichtig sei zielorientiertes Marketing. Aber notwendig sei auch die Bereitschaft eines Partners wie Baden-Württemberg. Allerdings liege keine Kompromissbereitschaft der TSOB vor. Daher setze man volles Vertrauen in Frau Brauer und die bayerischen und hessischen Kommunen stehen voll hinter dem Konzept der Odenwald Tourismus GmbH.

Kreisrat Dr. Linduschka äußerte Fragen bezüglich der Zahlen zum Ende der Präsentation, wie sei Erfolg der Aktion gemessen worden sei und ob es sich nicht nur um eine Umlagerung handele, und wie komme man zum Ergebnis von 20 € Umsatz pro Übernachtung.

Nicht verstehen könne Kreisrat Steidl den Streit über die Art des Marketings. Allerdings bemerkte er, dass er auf der Suche im Internet nach der Odenwald Tourismus GmbH nicht eindeutig fündig geworden sei. Weiterhin stellte er in Frage, ob der Slogan „auf Natur umschalten“ nicht kontraproduktiv für Unternehmensansiedlung sei.

Frau Brauer erklärte daraufhin, dass die Odenwald Tourismus GmbH momentan noch Aufbauarbeit leiste und daher noch nicht mit der neuen Struktur im Internet verfügbar sei. Man arbeite intensiv am Aufbau der neuen Internetpräsentation www.odenwald.de, als Termin sei der 31.05.2010 vorgesehen.

Kreisrat Dr. Schüren befand das vorgestellte Konzept ebenfalls als schlüssig. Allerdings wolle er die Art und Weise der Diskussionsführung in den Gremien ansprechen. Man habe weder die TAGs noch Landrat Schwing angegriffen. Weiterhin sei die Beweispflicht nicht erbracht worden, dass eine Bemerkung im besagten Presseartikel nicht stimme. Kreisrat Dr. Schüren ergänzte, man habe doch dasselbe Ziel, man wolle touristische Destinationen vermarkten und Menschen in den Odenwald bringen. Er begrüßte auch den Beitrag von Kreisrat Schmitt, man sei auf Grund der Schwächen der eigenen Destination zu Churfranken gegangen, was eine kluge Entscheidung gewesen sei. Er äußerte weiterhin seinen ausdrücklichen Dank an Frau Brauer für ihren Vortrag.

Kreisrat Scholz bemerkte, dass die Stadt Weilbach auf ihrer Internetseite einen direkten Link zur Buchungszentrale habe, der einfach zu finden sei. Weiterhin stimmte er ebenfalls Kreisrat Schmitt zu.

Sodann beantwortete Frau Brauer die Fragen von Kreisrat Dr. Linduschka. Zu einem Großteil handele es sich um zusätzliche Buchungen über das System. Den Betrag in Höhe von 20 € Umsatz pro Übernachtung wurde von ihr bestätigt, dieser sei allerdings zu niedrig und man müsse daran arbeiten, diesen nach und nach anzuheben. Hierfür sollen demnächst Schulungen der Unternehmer stattfinden für die bessere Kalkulation des Übernachtungspreises. Weiterhin wies sie darauf hin, dass sie keinesfalls dem Schwarzwald gleichen wolle, sondern dass man sich ebenso professionell aufstellen müsse, wenn man mit anderen Mittelgebirgsregionen mithalten wolle. Momentan befinde man sich in einer Aufholjagd. Die Eiffel habe beispielsweise bereits vor 15 Jahren ein Buchungssystem eingeführt. Bezüglich des Slogans „auf Natur umschalten“ bemerkte sie, dass sich die Wirtschaft hier gar nicht wiederfinden müsse – es gehe vielmehr um die touristische Vermarktung. Die Wirtschaft werde sich immer anders aufstellen, die Bereiche müssen sich ergänzen. Die Wirtschaft solle sich nicht unter diesem Slogan vermarkten und dies sei auch so keinesfalls gedacht.

Landrat Schwing bedankte sich nochmals bei Frau Brauer und bat das Gremium darum, künftig die Arbeit mit solchen Diskussion und Veröffentlichungen nicht mehr zu erschweren.

Tagesordnungspunkt 7:
Anfragen

Von den Mitgliedern des Kreistages wurden keine Anfragen gestellt.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin